



## **Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Monika Heinold und Karl-Martin Hentschel  
(Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

und

## **Antwort**

**der Landesregierung** - Finanzministerium

### **Nutzung der Steuervorteile auf den Cayman Islands und in anderen Steueroasen**

Vorbemerkung:

Einer dpa-Meldung vom 20.1.09 ist zu entnehmen, dass die frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis davon ausgeht, dass für das Engagement der HSH Nordbank in Steueroasen wie den Cayman Islands auch die Nutzung von Steuervorteilen eine Rolle gespielt hat.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Waren in den Jahren 2000-2008 folgende Aktivitäten Teil der Geschäftspolitik der HSH-Nordbank:
  - Beratung von Geschäftskunden über steuersparende bzw. steuervermeidende Geldanlagen
  - Infobriefe an Geschäftskunden mit dem Hinweis auf steuersparende bzw. steuervermeidende Geldanlagen
  - Die Nutzung von Auslandsfilialen, Unternehmenstöchtern sowie Beteiligungen um Steuervorteile zu generieren?

1a. Falls eine der Punkte mit Ja beantwortet wird, worum handelte es sich genau?

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die in der Vorbemerkung bezeichnete, von dpa verbreitete und auf die frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin zurückgeführte Äußerung, dass für das Engagement der HSH Nordbank in Steueroasen wie den Cayman Islands auch die Nutzung von Steuervorteilen eine Rolle gespielt hat, ist bereits zuvor Gegenstand einer ausführlichen Anhörung des Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Nonnenmacher vor dem Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 15. Januar 2009 gewesen. Dabei wurde insbesondere auf die im Umdruck 16/3817 gestellten Fragen näher eingegangen. Die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 15. Januar 2009 liegt vor.

Dies vorausgeschickt beantwortet die Landesregierung unter Bezugnahme auf die Erörterung vor dem Finanzausschuss die Fragen wie folgt:

Herr Prof. Dr. Nonnemacher hat am 15. Januar 2009 vor dem Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass es im Wesentlichen drei Arten von Aktivitäten bzw. Beteiligungen im Ausland gebe (S. 6,7).

Zum Ersten handle es sich um Objektgesellschaften. Solche Gesellschaften werden für die Finanzierung bestimmter Gegenstände (z.B. Flugzeuge) gegründet. Sie stellen sicher, dass für den Fall, dass der Kreditnehmer seine Kredite nicht zurückzahle, die Bank direkt auf das Objekt zugreifen könne. Dies stelle eine Absicherung für Kreditnehmer und potenziellen Investor dar. Solche Objektgesellschaften würden typischerweise immer auf den Kanalinseln, Cayman Islands etc. gegründet, weil internationale Investoren die Rechtssicherheit des englischen Rechts schätzen und sich auf diesen Inseln in den vergangenen Jahrzehnten eine entsprechende Dienstleistungsindustrie herausgebildet habe.

Zum Zweiten handle es sich um Refinanzierungsgesellschaften. In diese auf den Kanalinseln gegründeten Gesellschaften zahlen Kapitalgeber, die sich kapitaltechnisch an der HSH Nordbank beteiligen, Geld ein; diese Gesellschaft beteiligt sich dann wiederum an der HSH Nordbank. Auch hier gilt internationales Recht,

weil die einzelnen Investoren sich nicht direkt an der HSH beteiligen und das aus ihrer Sicht vorzugswürdige Recht der Kanalinseln zurückgreifen wollen.

Zum Dritten handelt es sich um Beteiligungen der HSH mit dem Namen Private Equity Investments. Die HSH Nordbank hat in etwa 70 Fonds investiert, die wiederum das Geld in europäische mittelständische Unternehmen investieren. Von diesen Fonds residieren etwa 20 in sog. Offshore-Zentren. Die Erträge hieraus werden von der HSH Nordbank in Deutschland entsprechend versteuert. Die HSH Nordbank betreut in diesen Regionen keine Privatkunden. Die Engagements sind in vollem Umfang den deutschen Behörden bekannt, werden kontinuierlich auch von den entsprechenden Behörden geprüft und sind alle im Geschäftsbericht der HSH Nordbank öffentlich jedem zugänglich.

Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank hat den Vorwurf der aktiven oder passiven Steuerhinterziehung vehement und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Der Vorstandsvorsitzende hat vor dem Finanzausschuss versichert (S. 15), dass die HSH keine Steuern am Fiskus vorbeischleuse. Wie ein Investor seine Erträge aus Beteiligungen in seinem Sitzland versteuere, so versteuere die HSH Erträge aus einem Fonds auf den Cayman Islands oder anderswo in Deutschland. Diese Aktivitäten hätten mit Steueroptimierung oder Steuergestaltung nichts zu tun.